Resolution des SGB-Kongresses zur Mitbestimmung

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **67 (1975)**

Heft 12

PDF erstellt am: **31.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-354774>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

40-Stunden-Woche mit Lohnausgleich ist ein Mittel, um dieser Zielsetzung Rechnung zu tragen. Sie gewährleistet eine Beteiligung der Arbeitnehmer an den Ergebnissen des technischen Fortschritts, ohne in eine Verschwendungswirtschaft einzumünden.

Resolution des SGB-Kongresses zur Mitbestimmung

Seit jeher haben die Gewerkschaften neben den aktuellen Tagesaufgaben und der unmittelbaren Interessenvertretung der Arbeitnehmer *zukunftsweisende Lösungen* aufgezeigt und durchgesetzt. Sie erkämpften nach dem Ersten Weltkrieg mit dem Generalstreik die 48-Stunden-Woche und den Proporz bei den Nationalratswahlen. Sie haben nach dem Zweiten Weltkrieg den Grundstein für das grosse Sozialwerk der AHV gelegt. Sie wollen heute endlich von der politischen zur wirtschaftlichen Demokratie vorstossen.

Die *gegenwärtige Wirtschaftskrise* hat den Ruf nach Mitbestimmung verstärkt und Fehler des Managements zu Tage gebracht. Bei Betriebsschliessungen, Entlassungen und Kurzarbeit mussten unzählige Arbeitnehmer erfahren, wie eigenmächtig die Arbeitgeber entscheiden und die nachteiligen Auswirkungen ihrer Beschlüsse auf die Arbeitnehmer abwälzen. Diesen unwürdigen und ungerechten Zustand wollen die Gewerkschaften mit ihrer Mitbestimmungs-Initiative ändern.

Ein *Ausbau der Mitbestimmung* wird der Wirtschaft nicht schaden, sondern im Gegenteil nützen. Die Arbeitnehmer unseres Landes und die Schweizer Gewerkschaften haben noch und noch verantwortungsbewusste und praktische Mitarbeit geübt. Sie wollen auch mitbestimmen – am Arbeitsplatz, im betrieblichen Bereich und in Grundsatzfragen der Unternehmungsführung, in guten und in schlechten Zeiten.

Es ist beschämend und zeugt von einem ebenso falschen wie verwerflichen Elitedenken, wenn Mitbestimmungsgegner durchblicken lassen, dass allein die jetzigen wirtschaftlichen Machthaber in der Lage seien, betriebliche und unternehmungspolitische Entscheidungen zu treffen, dass der Arbeitnehmer nicht fähig sei zur Mitbestimmung. Die Erfahrungen mit den Betriebskommissionen beweisen das Gegenteil.

Der *Gegenvorschlag* ist *keine Alternative* zur Mitbestimmungs-Initiative. Er ist schlechter als die geltende Verfassungsbestimmung.

Der **Gegenvorschlag** der bürgerlich-konservativen Parlamentsmehrheit bedeutet also nicht nur Stillstand, sondern Rückschritt. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger werden sich durch die Pseudo-Mitbestimmung des Gegenvorschlags nicht irreführen lassen. Zu offensichtlich ist, dass sich die Mitbestimmungsgegner hinter eine Scheinlösung verstecken, um nicht Farbe bekennen zu müssen. *Wer am 21. März für den Gegenvorschlag stimmt, stimmt gegen die Mitbestimmung.*

Allein die *gewerkschaftliche Initiative* öffnet den Weg für *echte Arbeitnehmer-Mitbestimmung*. Sie verankert das Mitbestimmungsrecht als ungeschmälertes Grundrecht in der Bundesverfassung. Der klare Verfassungstext schafft eine langfristig tragfähige Grundlage. Der Gesetzgebung bleibt ein grosser Spielraum. Bei der Durchführung kommen die Gesamtarbeitsverträge zum Zuge.

In der Volksabstimmung werden die Weichen gestellt – für oder gegen die Mitbestimmung. Es geht darum, ob das Schweizervolk bereit ist, Neues zu wagen und den entscheidenden Schritt für eine gerechte Ordnung zur Demokratisierung und Humanisierung der Wirtschaft zu tun.

Mitbestimmung heisst mehr Freiheit, Selbstentfaltung, Mitverantwortung. Mitbestimmung heisst aber auch Gegengewichte schaffen zur unternehmerischen Machtballung. *Der SGB-Kongress ruft die Arbeitnehmer auf, mit den Gewerkschaften für die Verwirklichung eines grossen Zieles zu kämpfen, die Initiative tatkräftig zu unterstützen und so der Mitbestimmung zum Durchbruch zu verhelfen.*

Resolution des SGB-Kongresses zum internationalen Geschehen

Der 43. ordentliche Kongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes bekennt sich zu den Grundsätzen der freien internationalen Gewerkschaftsbewegung, deren Ziele der Weltfrieden, eine bessere internationale Verständigung, eine gerechte, ausgewogene Wirtschafts- und demokratische Gesellschaftsordnung sind.

Der Kongress ist davon überzeugt, dass sich eine umfassende Sicherheit in der Welt nur dann erreichen lässt, wenn der Gewalt, den militärischen Besetzungen sowie der Beherrschung und Diskriminierung von Minderheiten und Rassen ein Ende gesetzt werden kann. Dazu gehört die Verwirklichung einer gerechten Verteilung des wirtschaftlichen Ertrags nicht nur innerhalb der Bevölkerungsgruppen eines Landes, sondern auch zwischen den Staaten.